

**Keine Wechselstimmung**

Eine Dokumentation des Beitrags  
von Prof. Dr. Renate Köcher  
in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung  
Nr. 43 vom 20. Februar 2013

## INHALT

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 43 vom 20. Februar 2013, S. 8, unter dem Titel:

"Keine Wechselstimmung. Die Menschen sind zufriedener als 2009. Die Kanzlerin ist deutlich angesehener als damals. Das heißt aber kurioserweise nicht, dass ihre Koalition auch weiter gewollt wird."

## TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Zum Beginn des Wahljahres überwiegt der Optimismus
	A	2	Auch die eigene wirtschaftliche Situation wird positiver eingeschätzt als 2009
	A	3	Nur begrenztes Zutrauen zu Peer Steinbrück
	A	4	Auch für die Anhänger der SPD und der Grünen ist Angela Merkel eine starke Kanzlerin
	A	5	Merkel liegt bei der Bundeskanzlerpräferenz klar vor Steinbrück
	A	6	Gute Meinung über Peer Steibrück ist stark zurückgegangen
	A	7	Wunschkoalitionen der Anhänger von Union und SPD
	A	8	Zweitstimmenwahlabsicht und Potential
	A	9	Politische Prioritäten
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Völlig anderes wirtschaftliches Umfeld
		2	Starke Kanzlerin
		3	Keine Wechselstimmung ...
		4	... aber wenig Sympathie für den Fortbestand der Koalition

**Originalmanuskript**

Prof. Dr. Renate Köcher  
Institut für Demoskopie Allensbach

## Keine Wechselstimmung

Die Ausgangslage für die Bundestagswahl  
2013

Keine Bundestagswahl ist wie die andere, jede findet in einer ganz eigenen Konstellation statt. Das gilt für die Konkurrenz der Spitzenkandidaten wie für die Stärke und Stabilität der Parteien, für die ökonomische Lage wie für die Probleme und Themen, die die Gesellschaft im Wahljahr bewegen. Auch die Ausgangslage für die bevorstehende Bundestagswahl unterscheidet sich gravierend von der letzten 2009.

Nach den Jahren der andauernden Konfrontation mit der Krise in der Euro-Zone ist vielen gar nicht mehr bewusst, in welchem Ausmaß 2009 ein Krisenjahr war. Die Welt stand noch unter dem Schock der Finanzmarktkrise, die in der Folge in Deutschland zu dem schärfsten Konjunkturunbruch in der Nachkriegsgeschichte führte. Das Bruttoinlandsprodukt ging 2009 um 5 Prozent zurück. Viele Unternehmen mussten in dieser Zeit noch weitaus größere Umsatzeinbußen verkraften.

Zwar wurde die Bevölkerung damals durch die gemeinsamen Anstrengungen von Wirt-

schaft und Politik weitgehend vor den Folgen der Krise bewahrt. Die Arbeitslosigkeit nahm nur in engen Grenzen zu. Anfang 2009 war jedoch noch völlig unsicher, wie sich die Situation weiter entwickeln und wie lange die Krise dauern würde. Dies prägte die Stimmungslage der Bürger in Wahljahr 2009. 64 Prozent gingen damals davon aus, dass die nächsten Monate von einem gravierenden wirtschaftlichen Abschwung gekennzeichnet sein würden, jeder fünfte Erwerbstätige fürchtete zu diesem Zeitpunkt um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes. Nur jeder Dritte war damals für die nächsten zwölf Monate hoffnungsvoll gestimmt.

Schaubild 1

Tabelle A 1

Heute ist die Stimmungslage gänzlich anders. Die Mehrheit der Bürger sieht den nächsten zwölf Monaten optimistisch entgegen. In Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung befürchten lediglich 26 Prozent einen Abschwung, die große Mehrheit erwartet eine stabile oder positive Entwicklung. Der Anteil der Erwerbstätigen, die an der Sicherheit ihres Arbeitsplatzes zweifeln, ist heute etwa halb so groß wie Anfang 2009.

Schaubild 1

Die ökonomische Bilanz in dieser Legislaturperiode ist eindrucksvoll. Die Arbeitslosenquote ging seit Anfang 2009 von 8,3 auf 7,4 Prozent zurück; in absoluten Zahlen sind das rund 342.000 Arbeitslose weniger. Noch deut-

licher zeigt sich die robuste Verfassung des Arbeitsmarktes in der Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; ihre Zahl nahm in den letzten vier Jahren um knapp anderthalb Millionen zu, darunter nur rund 350.000 geringfügig Beschäftigte.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes und die höheren Lohnabschlüsse der letzten Jahre haben dazu geführt, dass sich mittlerweile signifikant mehr Bürger als Wohlstandsgewinner sehen denn als Wohlstandsverlierer. 2009 zogen dagegen mehr Bürger die Bilanz, dass es ihnen schlechter ginge als fünf Jahre zuvor. Die Krise in der Euro-Zone, die vor allem die südeuropäischen Länder hart getroffen hat mit für deutsche Verhältnisse unvorstellbar hohen Arbeitslosenquoten, insbesondere in der jungen Generation, ist für die überwältigende Mehrheit der deutschen Bevölkerung eine virtuelle, medienvermittelte Krise geblieben. Tabelle A 2

Dies wird nicht nur der deutschen Wirtschaft, sondern auch der Politik gutgeschrieben. Insbesondere die Kanzlerin geht stärker in diese Bundestagswahl als 2009. Schon damals bewerteten 47 Prozent der Bürger Angela Merkel als starke Kanzlerin, heute sind es 61 Prozent. Lediglich 13 Prozent glauben, dass der Herausforderer die derzeitigen Probleme und Aufgaben besser bewältigen würde. Von den Anhängern der SPD ist nur Schaubild 2

Tabelle A 3

jeder Dritte überzeugt, dass er den derzeitigen Herausforderungen besser gewachsen wäre als Angela Merkel. Auch 45 Prozent der SPD-Anhänger und sogar 54 Prozent der Grünen-Anhänger sehen Angela Merkel als starke Kanzlerin.

Tabelle A 4

Der Abstand zwischen Angela Merkel und ihrem Herausforderer ist in den letzten Monaten gewachsen und größer als zum selben Zeitpunkt 2009. Zurzeit ziehen 50 Prozent Angela Merkel als Kanzlerin vor, 23 Prozent Peer Steinbrück, während sich 27 Prozent der Stimme enthalten. Diese Enthaltungen gehen nicht nur auf die Anhänger der kleinen Parteien zurück, sondern in bemerkenswertem Umfang auch auf die Anhänger der SPD. Während 86 Prozent der Unionsanhänger für Angela Merkel votieren, erreicht Peer Steinbrück bei SPD-Anhängern 52 Prozent; 15 Prozent von ihnen ziehen Angela Merkel vor, 33 Prozent enthalten sich der Stimme. Die Kontroversen um die Nebeneinkünfte des Herausforderers haben gerade unter SPD-Anhängern zur Verunsicherung geführt und ihm insgesamt nachhaltig geschadet. Im November 2012 waren seine Popularitätswerte noch durchaus eindrucksvoll. Damals hatten 46 Prozent der Bürger von Steinbrück eine gute Meinung, nur 27 Prozent eine negative. Heute überwiegen negative Urteile gegenüber positiven im Verhältnis 2:1.

Tabelle A 5

Tabelle A 6



Für jeden Herausforderer wäre es jedoch schwer, in der derzeitigen Situation zu punkten. Das positive wirtschaftliche Umfeld und die wachsende Zufriedenheit der Bürger vermindern die Angriffsflächen. Ein erfolgreicher Wahlkampf aus der Opposition heraus setzt entweder weitverbreitete Unzufriedenheit und Ängste vor schmerzhaften Reformen durch die Regierungsparteien voraus oder eine mitreißende Vision für die weitere Entwicklung des Landes. In den letzten Jahren ist die Unzufriedenheit der Bürger jedoch in einem ganz umfassenden Sinn gesunken – nicht nur in Bezug auf die wirtschaftliche Lage und Perspektiven, sondern beispielsweise auch in Bezug auf die steuerliche Belastung, die Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems oder die innere Sicherheit. Die überwältigende Mehrheit befürchtet auch nicht, dass in absehbarer Zeit schmerzhaft Reformen anstehen könnten. Und mitreißende Visionen, die den Wunsch nach einem Wechsel stimulieren könnten, sind zurzeit nirgends zu entdecken.

Entsprechend gering ist das Bedürfnis der Bürger nach einem Wechsel. Lediglich 35 Prozent wünschen sich im Herbst einen Regierungswechsel; 2009 waren es 47 Prozent, 2005 46 Prozent. Dies ist jedoch kein überzeugtes Plädoyer für eine völlig unveränderte Konstellation nach der nächsten Bundestags-

Schaubild 3

wahl. Die Sympathien für den Fortbestand der derzeitigen Koalition sind bemerkenswert gering. Nur 19 Prozent der Bürger sind überzeugt, dass eine Fortsetzung der schwarz-gelben Koalition für das Land gut wäre. 33 Prozent votieren dagegen für eine Neuauflage der großen Koalition, 27 Prozent für ein rot-grünes Bündnis, 14 Prozent für die erstmalige Etablierung einer schwarz-grünen Koalition auf Bundesebene.

Schaubild 4

Selbst Anhänger der Unionsparteien ziehen eine große Koalition dem Fortbestand von Schwarz-Gelb vor: 49 Prozent der Anhänger der CDU/CSU sind überzeugt, dass eine große Koalition für das Land gut wäre, 39 Prozent favorisieren die Fortsetzung der derzeitigen Koalition. Die Anhänger der SPD können sich weitaus weniger für eine Neuauflage der großen Koalition erwärmen als die Anhänger der CDU/CSU. Die Wunschkoalition der SPD-Anhänger ist klar rot-grün, während nur 27 Prozent überzeugt sind, dass eine große Koalition dem Land gut tun würde.

Tabelle A 7

Über die gesamte Legislaturperiode hinweg wurde die Koalition von der großen Mehrheit der Bürger als uneinig und zerstritten wahrgenommen. Dies führte in Verbindung mit der Schwächung der FDP dazu, dass von dieser Koalition heute eine deutlich geringere Anziehungskraft ausgeht als vor der letzten Bundes-

tagswahl. So ist die Ausgangslage von der eigentümlichen Konstellation gekennzeichnet, dass die Bürger heute im Durchschnitt in vieler Hinsicht zufriedener sind als vor vier Jahren, deswegen auch nicht auf einen Regierungswechsel aus sind, gleichzeitig aber weniger dazu tendieren, Schwarz-Gelb eine Mehrheit zu verschaffen, als das Anfang 2009 der Fall war. Im Februar 2009 erreichten die Unionsparteien zusammen mit der FDP bei den Zweitstimmenwahlab-sichten rund 50 Prozent, aktuell 45 Prozent. Damit ist die Mehrheit für Schwarz-Gelb jedoch keineswegs außer Reichweite; die Chancen für den Fortbestand der Koalition haben sich in den letzten Monaten deutlich verbessert.

Tabelle A 8

Dies hat auch mit der anhaltenden Schwäche der SPD und der rückläufigen Unterstützung für die Linke zu tun. Die Unterstützung für die Linke ist binnen vier Jahren von 11 auf 6,5 Prozent abgesunken. Sie spielt in Westdeutschland kaum noch eine Rolle, sondern hat sich zur Ostpartei zurückentwickelt, verliert aber auch dort an Unterstützung. Besonders bemerkenswert ist jedoch die Entwicklung der SPD. Ihre Potentiale sind heute weit aus größer als 2009. Damals konnten sich nur 29 Prozent der Wahlberechtigten vorstellen, für die SPD zu stimmen, aktuell 39 Prozent. Die konkreten Wahlab-sichten zugunsten der SPD haben jedoch gegenüber Februar 2009 nur um 2 Prozentpunkte zugelegt. Zurzeit er-

Tabelle A 8

reicht die SPD bei den Zweitstimmenwahlabsichten lediglich 27 Prozent. Damit schöpft sie ihr Potential weitaus schlechter aus als die CDU. Bei den Unionsparteien beträgt die Differenz zwischen ihrem Potential und den konkreten Wahlabsichten lediglich 4, bei der SPD 12 Prozentpunkte.

Bei den Grünen ist dagegen eine andere Entwicklung zu beobachten. Für die Grünen war immer typisch, dass sie ihre Potentiale nur sehr begrenzt ausschöpfen. Sie genossen immer weitaus mehr Sympathien, als sie am Wahltag in Stimmen umsetzen konnten. 2009 konnten sich 22 Prozent der Wahlberechtigten vorstellen, die Grünen zu wählen, nur rund die Hälfte bekundete damals jedoch die dezidierte Absicht, dies bei der Bundestagswahl auch zu tun. Heute ist das Potential der Grünen nur wenig größer als 2009, während sich die konkreten Wahlabsichten um 4 Prozentpunkte erhöht haben. Damit haben die Grünen die Chance, ihr Potential bei der nächsten Bundestagswahl weitaus besser auszuschöpfen als 2009.

Tabelle A 8

Das Potential der FDP hat sich erdrutschartig verringert. Vor vier Jahren konnte sich ein Fünftel der Wahlberechtigten vorstellen, die FDP zu wählen, aktuell 6 Prozent. Die konkreten Wahlabsichten entsprechen diesem Potential, sind jedoch volatil. Mehrere Landtags-

wahlen in Folge haben gezeigt, dass sich die FDP von ihren zurzeit niedrigen Sympathiewerten abkoppeln und Ergebnisse erzielen kann, die höher liegen als der Anteil der Wähler, die ursprünglich die Wahl der FDP überhaupt erwogen haben.

Der Ausgang der Bundestagswahl ist damit weitaus unsicherer als 2009. Es gibt bisher auch kein Thema, das die Wahl entscheidend prägen könnte. Die Bürger haben zwar klare Vorstellungen, worum sich die nächste Bundesregierung besonders kümmern sollte: Eindämmung der Energiepreisentwicklung, Renten, Eingrenzung der Risiken für Deutschland, die aus der Euro-Krise erwachsen, Mindestlöhne, Abbau der Staatsverschuldung und gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Am Ende der politischen Agenda der Bürger stehen Themen, von denen sich die Oppositionsparteien Schubkraft erhoffen: eine Frauenquote, höhere Spitzensteuersätze, die Wiedereinsetzung der Vermögenssteuer. Die politischen Prioritäten arbeiten zurzeit für die Unionsparteien, deutlich weniger für die SPD. Trotz allem ist diese Wahl alles andere als entschieden.

Tabelle A 9

## **Anhangtabellen**

Zum Beginn des Wahljahres überwiegt der Optimismus

Tabelle A 1  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Sehen Sie den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?"

	Bevölkerung insgesamt	
	Februar 2009	Februar 2013
	%	%
Mit Hoffnungen .....	33	52
Mit Befürchtungen .....	26	14
Mit Skepsis .....	31	23
Unentschieden .....	10	11
	<hr/>	<hr/>
	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10033, 11004

Auch die eigene wirtschaftliche Situation wird positiver eingeschätzt als 2009

Tabelle A 2  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahren

FRAGE: "Wenn Sie Ihre wirtschaftliche Lage mit der vor fünf Jahren vergleichen: Geht es Ihnen heute wirtschaftlich besser als vor fünf Jahren oder schlechter, oder würden Sie sagen: kein Unterschied?"

	Bevölkerung insgesamt	
	Oktober 2009	Juli 2012
	%	%
Besser .....	24	30
Schlechter .....	30	24
Kein Unterschied .....	46	45
Keine Angabe .....	-	1
	<hr/>	<hr/>
	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10046, 10094



Nur begrenztes Zutrauen zu Peer Steinbrück

Tabelle A 3  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn Peer Steinbrück Bundeskanzler wäre: Glauben Sie, dass er die derzeitigen Probleme und Aufgaben besser, genauso gut oder schlechter in den Griff bekommen würde als Angela Merkel?"

	Bevölkerung insgesamt	Anhänger der SPD
	%	%
Besser in den Griff .....	13	32
Genauso gut .....	23	33
Schlechter .....	35	8
Unentschieden, keine Angabe .....	29	27
	<hr/> 100	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11004, Februar 2013

Auch für die Anhänger der SPD und der Grünen ist Angela Merkel eine starke Kanzlerin

Tabelle A 4  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Ist Angela Merkel eine starke oder schwache Bundeskanzlerin?"

	Bevölk. insg.  %	Anhänger von	
		SPD	B.90/Grüne
Starke Kanzlerin.....	61	45.....	54
Schwache Kanzlerin .....	11	18.....	12
Unentschieden .....	28	37.....	34
	<hr/> 100	<hr/> 100	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11004, Februar 2013

Merkel liegt bei der Bundeskanzlerpräferenz  
klar vor Steinbrück

Tabelle A 5  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre und für die CDU/CSU ist die Spitzenkandidatin Angela Merkel und für die SPD ist der Spitzenkandidat Peer Steinbrück. Wen würden Sie als Bundeskanzler vorziehen, Angela Merkel oder Peer Steinbrück?"

	Bevölk. insg.	Anhänger von	
		CDU/CSU	SPD
	%	%	%
Angela Merkel .....	50	86.....	15
Peer Steinbrück .....	23	2.....	52
Unentschieden .....	27	12.....	33
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11004, Februar 2013

Gute Meinung über Peer Steinbrück ist stark zurückgegangen

Tabelle A 6  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

2012:

FRAGE: "Hier habe ich Karten mit Namen von Politikern. Könnten Sie die bitte einmal durchsehen und mir alle herauslegen, von denen Sie schon einmal gehört oder gelesen haben?"

FALLS: Mindestens einer der Politiker ist bekannt:

FRAGE: "Hier habe ich noch einmal die Karten mit Politikern, von denen Sie schon mal gehört haben. Könnten Sie die Karten jetzt bitte einmal auf dieses Blatt verteilen, je nachdem, ob Sie von dem Politiker eher eine gute Meinung haben oder keine gute Meinung. Wenn Sie sich nicht entscheiden können, legen Sie die Karten bitte einfach beiseite."  
(Kartenspielvorlage)

2013:

FRAGE: "Haben Sie von Peer Steinbrück alles in allem eine gute Meinung oder keine gute Meinung?"

Peer Steinbrück

	Bevölkerung insgesamt	
	Okt./Nov. 2012	Februar 2013
	%	%
Gute Meinung.....	46	18
Keine gute Meinung .....	27	40
Keine Angabe, kein Urteil.....	18	38
Politiker ist nicht bekannt .....	9	4
	<hr/> 100	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10099, 11004

Wunschkoalitionen der Anhänger von  
Union und SPD

Tabelle A 7  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was meinen Sie: Welche Koalition bzw. welche Koalitionen wären gut für Deutschland? Was von dieser Liste würden Sie nennen?"  
(Listenvorlage)

	Bevölk. insg.	Anhänger der	
		CDU/CSU	SPD
	%	%	%
<u>Auszug aus den Vorgaben</u>			
CDU/CSU und SPD .....	33	49	27
SPD und Grüne.....	27	3	57
CDU/CSU und FDP .....	19	39	3

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11004, Februar 2013

Zweitstimmenwahlabsicht und Potential

Tabelle A 8  
Bundesrepublik Deutschland  
Wahlberechtigte

Wahlberechtigte mit  
konkreter Parteiangabe

Zweitstimmenwahlabsicht:

Februar    Februar  
2009        2013  
%            %

Auszug aus den Angaben

CDU/CSU .....	35,6	39,0
FDP .....	14,8	6,0
Linke.....	10,8	6,5
SPD .....	24,7	27,0
Grüne/B.90.....	11,0	15,0

FRAGE: "Welche Partei oder welche Parteien kämen für Sie bei der nächsten Bundestagswahl in Frage, welche könnten Sie sich vorstellen zu wählen?"

Wahlberechtigte

Sept.        Februar  
2009        2013  
%            %

Auszug aus den Angaben

SPD .....	29	39
CDU/CSU .....	41	43
Grüne/B.90 .....	22	24
FDP .....	20	6

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11004

Politische Prioritäten

Tabelle A 9  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn Sie einmal an die Zeit nach der Bundestagswahl im Herbst denken: Worum sollte sich die neue Bundesregierung besonders kümmern, was wäre Ihnen besonders wichtig? Bitte legen Sie die entsprechenden Karten heraus." (Kartenspielvorlage)

	Bevölkerung insgesamt %
Dafür sorgen, dass die Energiepreise nicht so stark steigen.....	79
Dafür sorgen, dass Rentner ausreichend abgesichert sind, von ihrer Rente auch leben können.....	77
Darauf achten, dass Deutschland sich bei der Unterstützung anderer Euro-Länder nicht übernimmt.....	74
Einen gesetzlichen Mindestlohn für alle Branchen einführen .....	71
Die Staatsverschuldung abbauen.....	69
Die Arbeitslosigkeit in Deutschland weiter verringern.....	68
Dafür sorgen, dass sich die Wirtschaft in Deutschland gut entwickelt.....	65
Dafür sorgen, dass die Unterschiede zwischen Arm und Reich in Deutschland kleiner werden.....	64
Dafür sorgen, dass die Krise in der Euro-Zone bewältigt wird.....	59
Bürokratie abbauen .....	59
Dafür sorgen, dass die Mietkosten in Deutschland nicht so stark steigen .....	58
Den Finanzmarkt, die Banken stärker regulieren .....	58
Mehr Geld für Schulen und Hochschulen zur Verfügung stellen .....	58
Dass Deutschland international wettbewerbsfähig bleibt .....	57
Steuerhinterziehung stärker bekämpfen.....	56
Familien finanziell stärker fördern.....	54
Die Interessen Deutschlands in Europa entschieden vertreten.....	51
Dafür sorgen, dass in Deutschland mehr Betreuungsplätze für Kinder zur Verfügung stehen .....	50
Den Ausbau erneuerbarer Energien stärker fördern .....	45
Die Vermögenssteuer wieder einführen .....	43
Den Spitzensteuersatz erhöhen .....	35
Eine gesetzliche Frauenquote für Spitzenpositionen einführen.....	15
Nichts davon, keine Angabe .....	2

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11004, Februar 2013

Zweitstimmen

Gesamtdeutschland

	CDU/CSU	FDP	SPD	Bündnis 90/ Grüne	DIE LINKE	Piraten- partei	Sonstige
	%	%	%	%	%	%	%
<b>Bundestagswahl (Zweitstimmen)</b>							
27.9.2009 .....	33,8	14,6	23,0	10,7	11,9	-	6,0
2009: Jahresdurchschnitt	36,0	13,5	24,0	11,5	10,5	-	4,5
2010: 1.Halbjahr.....	34,5	9,5	26,5	13,5	10,5	-	5,5
2.Halbjahr.....	32,0	6,0	29,5	18,0	9,0	-	5,5
Jahresdurchschnitt	33,0	8,0	28,0	16,0	9,5	-	5,5
2011: 1.Halbjahr.....	34,0	5,5	28,0	19,5	7,5	-	5,5
2.Halbjahr.....	33,0	4,5	29,5	18,0	7,5	-	7,5
Jahresdurchschnitt	33,5	5,0	28,5	19,0	7,5	-	6,5
2012: 7.-21.Januar.....	35,0	4,0	29,0	16,5	7,0	4,0	4,5
4.-16.Februar.....	36,0	4,5	28,0	15,5	7,5	5,0	3,5
3.-15.März.....	35,0	3,5	30,0	16,0	7,0	5,0	3,5
1.-13.April.....	34,5	3,5	28,0	14,0	7,0	10,0	3,0
21.April-8.Mai.....	34,5	4,5	28,5	15,0	6,0	8,0	3,5
5.-19.Mai.....	35,5	4,5	30,0	14,0	5,5	7,0	3,5
4.-15.Juni.....	34,0	5,5	28,0	15,5	5,0	7,5	4,5
1.-12.Juli.....	36,0	6,0	27,0	14,0	6,0	6,5	4,5
14.-26.Juli.....	35,5	5,5	27,5	14,0	6,5	6,5	4,5
1.-13.August.....	35,0	5,5	28,0	15,0	6,0	6,5	4,0
3.-17.September....	34,0	5,5	30,0	14,0	6,5	5,5	4,5
28.Sept.-12.Okt....	35,5	4,5	31,0	14,0	6,0	5,0	4,0
23.Okt.-6.Nov.....	37,5	4,0	31,0	12,5	6,5	4,0	4,5
10.-22.November....	37,0	5,0	29,5	13,5	7,0	3,0	5,0
1.-13.Dezember.....	37,5	4,5	30,0	14,0	6,5	3,5	4,0
Jahresdurchschnitt	35,5	4,5	29,0	14,5	6,5	6,0	4,0
2013: 5.-18.Januar.....	39,0	5,0	28,0	14,0	7,0	3,0	4,0
1.-14.Februar.....	39,0	6,0	27,0	15,0	6,5	3,0	3,5

Die Befragtenzahl für die aktuelle Umfrage beträgt n = 1531.



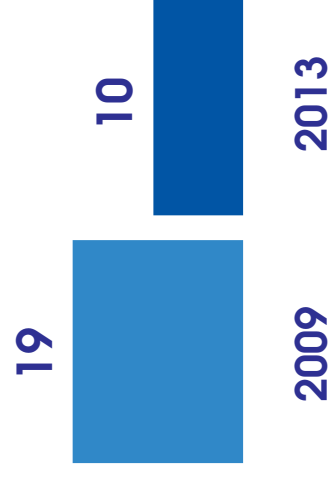
## **Schaubilder**

# Völlig anderes wirtschaftliches Umfeld

*Es erwarten für die  
nächsten Monate einen  
wirtschaftlichen Abschwung -*



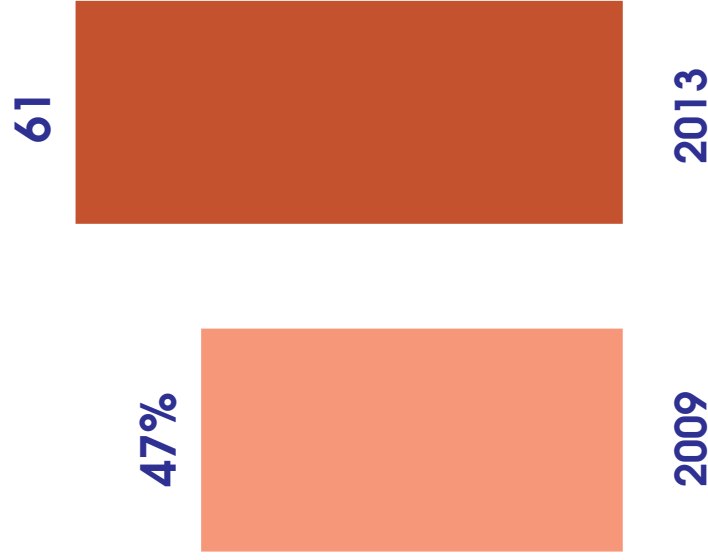
*Es fürchten um die  
Sicherheit ihres Arbeitsplatzes -*



# Starke Kanzlerin

Frage: "Ist Angela Merkel eine starke oder eine schwache Bundeskanzlerin?"

**Es bewerteten Angela Merkel als starke Kanzlerin -**

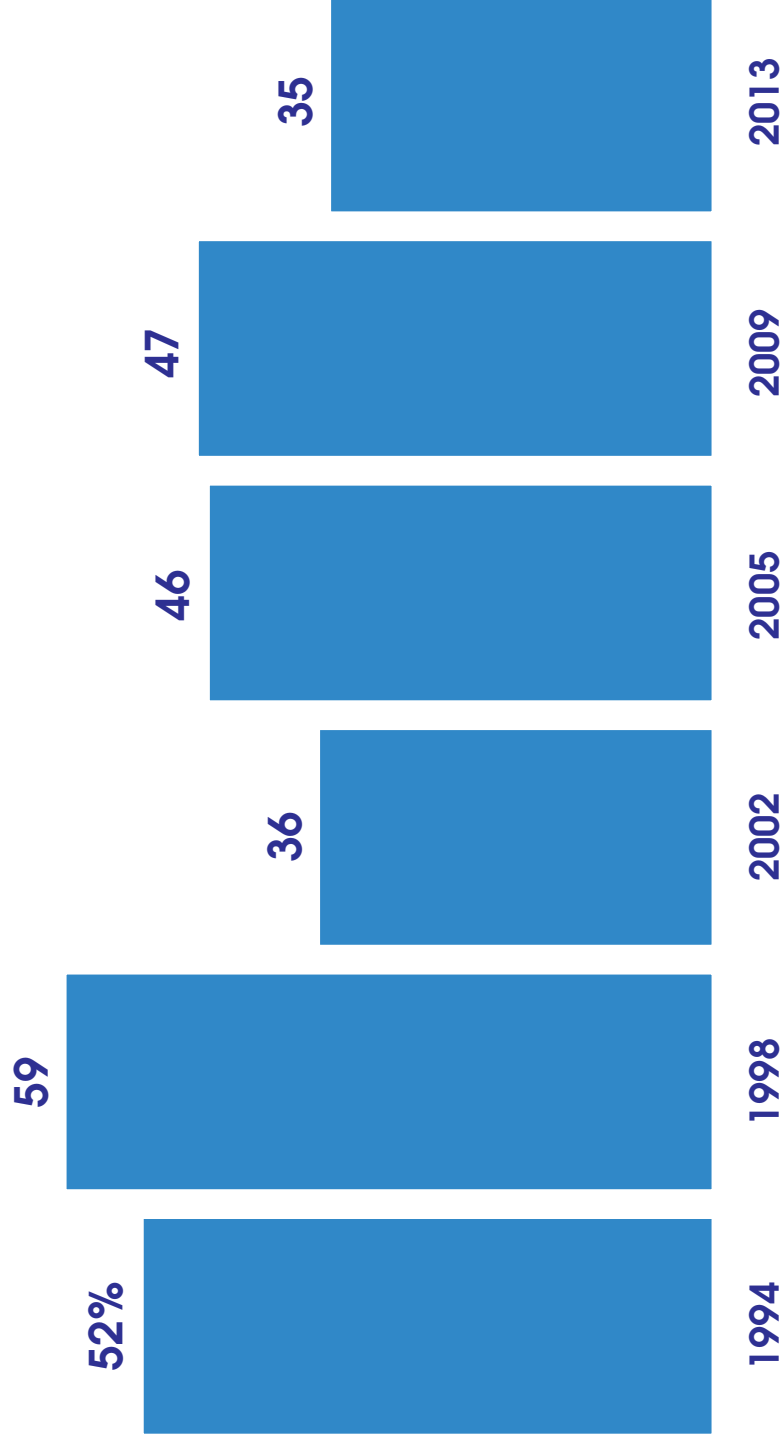


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10036 und 11004

# Keine Wechselstimmung ...

Frage: "Wäre es gut, wenn die Bundesregierung wechseln würde, oder wäre es nicht gut?"

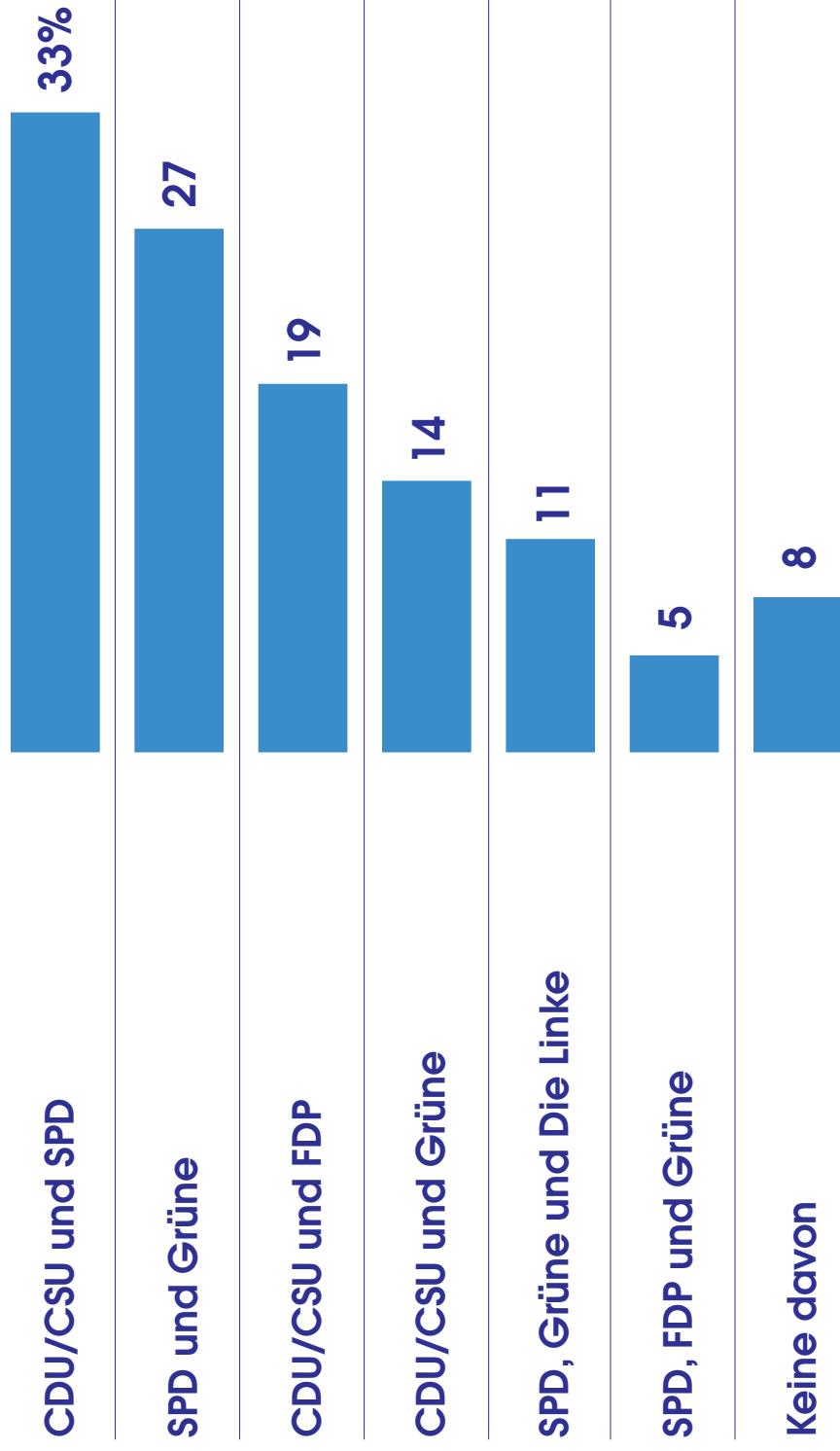
## Es wünschen einen Regierungswechsel -



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11004

# ... aber wenig Sympathie für den Fortbestand der Koalition

Frage: "Was meinen Sie, welche Koalition bzw. welche Koalitionen wären gut für Deutschland?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11004

Veröffentlichung in der  
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 43  
vom 20. Februar 2013, S. 8, unter dem Titel:

"Keine Wechselstimmung. Die Menschen sind zufriedener als 2009. Die Kanzlerin ist deutlich angesehener als damals. Das heißt aber kurioserweise nicht, dass ihre Koalition auch weiter gewollt wird."

